

**AKTIV**

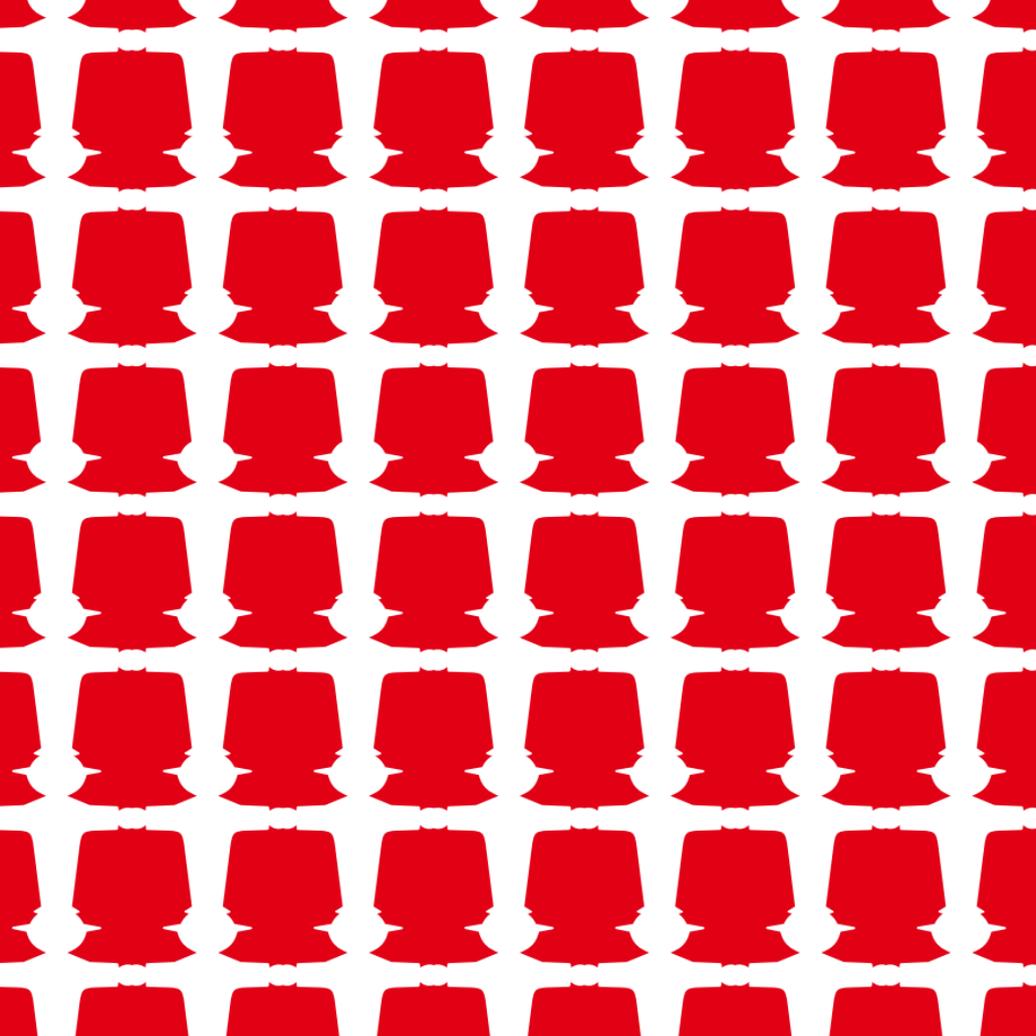
**gegen**

**RECHTS**

**Rechtsextreme  
Parteien sind keine  
demokratische  
Alternative!**



**Hessischer  
Jugendring**



## **Anfeindungen von rechts: „Ausländer bedeuten mehr Kriminalität?“**

Rechtsextreme Parteien schüren Ängste und stärken untergründige Wünsche, wie z.B. das Fremde und sog. „Unnormales“ auszuschließen. In NPD-Flugblättern wird behauptet, die ausländische Bevölkerung sei für eine „Kriminalitätsexplosion“ verantwortlich. Solche Behauptungen – wird ausgeführt – basieren auf Polizeistatistiken. In diesen Zahlen wird jedoch nur dargestellt, wie viele Fälle angezeigt wurden – nicht ob die beschuldigten Personen eine Straftat nachweislich begangen haben. Auswertungen zeigen, dass MigrantInnen häufiger angezeigt werden, tatsächlich aber nicht straffälliger werden als die Bevölkerung allgemein. In Kriminalstatistiken, die nichts über die Verurteilungen aussagen, tauchen eben nur polizeilich mehr Ausländer als Deutsche auf. Eine kriminelle Bedrohung durch Zuwanderung wird damit nicht bewiesen. Allerdings werden hier vorhandene Ängste in der deutschen Mehrheitsbevölkerung erkennbar, die sich in Verunsicherung und Vorurteilen ausdrücken. In der Auseinandersetzung mit diesen Themen liegt die Herausforderung für die politische Bildung.

Die Behauptung, dass von der Migration eine stärkere Kriminalitätsbelastung ausgehe, stützt sich u.a. auf die Annahme abweichenden Verhaltens aufgrund anderer ethnischer Herkunft. Aus der Jugendforschung wissen wir aber, dass z.B. Ausbildung, Beruf und Einkommen viel maßgeblicher für die Kriminalitätsentwicklung sind.

Schließlich gehen mit einer rechtsextrem geduldeten Gewaltzunahme gegen Minderheiten – gestützt auf Angst- und Ungleichheitsideologien – Versprechen von mehr Schutz vor Kriminalität für Deutsche einher. Deutsch ist demnach nur, wer den Vorstellungen der Rechtsextremen entspricht: Wer davon abweicht, wird nach rassistischen Weltbildern als mögliches Opfer gebrandmarkt. Damit verkehren sich rechtsextreme Versprechungen, Kriminalitätsraten bekämpfen zu wollen, schnell ins Gegenteil, da menschenfeindliche Kriminalität nicht ausgeschlossen wird.

## **MigrantInnen, eine soziale Belastung?**

Die NPD vergiftet notwendige gesellschaftliche Verständigungen durch ihre aggressiven Behauptungen, dass MigrantInnen das soziale Netz belasten und auf „Kosten der Deutschen“ leben, die wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes stören und die Arbeitslosigkeit erhöhen. Kann das wahr sein? Vergleichen wir die Summe der von ZuwanderInnen erwirtschafteten Sozialabgaben und Steuern mit den an sie gezahlten Sozialleistungen, zeigt sich, dass ihre Einzahlungen überwiegen. Damit arbeiten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen für das wirtschaftliche Wachstum und den Wohlstand in Deutschland und in der Europäischen Union.

## Zuviele MigrantInnen?

Über den Anteil von MigrantInnen in der Gesellschaft wird immer wieder gestritten. Selten wird verstanden, dass in Wirtschaftszentren wie Frankfurt/M. bereits die Hälfte der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund aufwachsen. Rechtsextreme Gruppen sprechen hier voller Hass von einer „Ausländerflut“ als „Überfremdungsgefahr“ (wie in Flugblättern der NPD). Rechtsextreme Parteien steigern die Ängste von Menschen und blockieren damit jedes nachbarschaftliche Miteinander. 96% der NPD-WählerInnen bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen meinten, dass die MigrantInnen gefährlich sind. Nach der Jagd auf indische Einwanderer in Mügeln (2007) in Sachsen, die an die Reihe u.a. tödlicher Angriffe in Solingen, Hünxe, Mölln und Rostock seit 1990 erinnert, ist darauf hinzuweisen, dass in Sachsen der Anteil der EinwanderInnen noch in 2005 nur 2,8% betrug! Untersuchungen zeigen zudem, dass sich Deutsche weniger ablehnend gegenüber MigrantInnen äußern, desto größer die Beteiligung in ihrem Lebensumfeld ist. Hier finden mehr freundschaftliche Begegnungen zwischen Deutschen und MigrantInnen statt, was dem Abbau von Vorurteilen und negativen Gefühlen beidseitig dient. Daran zeigt sich einmal mehr, dass rechtsextreme Parteien die Ängste der Bevölkerung gezielt ausnutzen, um ihre Ziele populär zu machen.

## **Soziale Gerechtigkeit, die keine ist...**

Rechtsextreme Parteien wie die NPD geben vor, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen – augenscheinlich ist in ihrem völkischen Denken damit die Bevorzugung der deutschen Mehrheitsgesellschaft gemeint. Angesichts von Arbeitslosigkeit und den noch wenig anerkannten Globalisierungsfolgen greifen rechtsextreme Parteien vorhandene Ängste der Bevölkerung auf. Sozial gelungene Lösungen gesellschaftlicher Probleme zeigen Rechtsextreme jedoch nicht auf. In Wahlkämpfen setzt sich z.B. die NPD in Flugschriften angeblich für Gerechtigkeitsfragen ein und geißelt „Hartz IV“ als „Armut per Gesetz“ (Flugblatt NPD). Vor allem in den ostdeutschen Landtagswahlkämpfen gelang Rechtsextremen seit 2004 in Sachsen und später auch in Mecklenburg-Vorpommern mit der NPD der Einzug in die Landtage. Anschließend setzte die NPD statt der vorgeblichen Politik zu sozialen Fragen weiter auf die Bekämpfung der demokratischen Landtagsarbeit. Zur Erläuterung meinte die sächsische Fraktion der NPD, dass die Folgen von „Hartz IV“ „nicht so schlimm geworden“ seien, wie im Wahlkampf propagiert. Solche Beispiele zeigen, dass rechtsextreme Parteien Themen nach wahltaktischen Gründen aussuchen und außer irrigen Forderungen nach einem „Deutschland für Deutsche“ kaum etwas zu bieten haben.

## Ein Fazit

Die Wahl einer rechtsextremistischen Partei führt zwangsläufig in eine gefährliche Sackgasse. Die Politik des rechtsextremen Spektrums ist also keine Alternative zu demokratischen Parteien. Rechtsextreme verbreiten Ideologien zur Stärkung brutaler Gesellschaftsordnungen mit rassistischen Weltanschauungen. MigrantInnen, Obdachlose, Homosexuelle und andere Minderheiten werden zu Feinden erklärt und entsprechend bekämpft. Reaktionäre Bilder treten stattdessen auf den Plan: Frauen sollen allein auf ihre Rolle als Frau und Mutter verwiesen werden und so ihre grundgesetzlichen Rechtsansprüche gegenüber Männern verlieren. Welche Gruppen zukünftig noch zu Zielen rechtsextremistischer Parteien werden, darf den Feinden der Zivilgesellschaft nicht überlassen werden. Es ist denkbar, dass es viele Menschen betreffen könnte, die sich als Individuen von den rechtsextremistischen verbohrtten „deutschen“ Ansichten unterscheiden. Damit kämpfen rechtsextremistische Parteien gegen die individuellen Besonderheiten und Verschiedenheiten von gleichberechtigten Menschen. Rechtsextremistisches Ziel bleibt die Unterordnung unter das vermeintlich „Deutsche“. Jugendverbände wissen, dies sind alles keine verstaubten Ideen des Nationalsozialismus, sondern erschreckende Forderungen rechtsextremer Parteien wie der NPD – nachzulesen in Parteiprogrammen. Ihre Umsetzung wäre letztendlich das Ende der Demokratie in einer offenen Gesellschaft.

**Jugendverbände arbeiten deshalb mit ihrer Jugendbildung weiter aktiv gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus. Mit den Jugendverbänden als zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren bleibt Hessen weltoffen.**





## Rechtsextremismus ist **keine demokratische Alternative**

- Jugendliche wählen ab 18. Wir in den Jugendverbänden wünschen uns seit Langem, dass Wählen bereits ab 16 möglich ist, um Partizipation und die demokratische Rechtspraxis so früh wie möglich zu erleben. Der Hessische Jugendring geht davon aus, dass von einer frühzeitigen Wahlbeteiligung sogar ein Demokratieschub für die Gesellschaft ausgehen könnte. Noch ist das Hessen-Wahlrecht davon jedoch weit entfernt.
- Wir in den Jugendverbänden sind alarmiert, wenn einige Erstwählerinnen und Erstwähler menschenrechtsfeindliche Ideen nicht auf Anhieb erkennen oder gar rechtsextremen Parteien ihre Stimme geben. Jugendarbeit geht auf junge WählerInnen zu, um sie für menschenrechtsengagierte Politik zu gewinnen und sie darin zu bestärken mit ihrer Stimmabgabe rechtsextreme Parteien zurückzudrängen. Jugendverbände gehen mit diesem Ziel an den Start. Junge WählerInnen haben es also in der Hand, durch ihr Engagement und eine hohe Wahlbeteiligung das Gewicht rechtsextremer Parteien erheblich zu schwächen.
- Jugendliche engagieren sich mit ihrer Kritik in Diskussionen in den Jugendgruppen für Demokratie und Courage. In der Jugendarbeit wird trainiert, wie die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Angeboten aussehen soll. Jugendliche lernen hier, „rechte“ Modestile, „rechtslastige“ Symbole und Musik zu entschlüsseln und zu erken-

nen. Rechtsextreme organisieren getarnte Musikevents und Geburtstagsfeste, wo gegen die Demokratie und Minderheiten gehetzt wird und erreichen mit diesen aggressiven Auftritten auch Jugendliche. Diese Modernisierung ist gefährlich.

- Der Hessische Jugendring ermutigt die Akteure in der Jugendarbeit, mit Unterstützung von ExpertInnen von der Universität Marburg und engagierten PädagogInnen, den verschlüsselten Kulturangeboten der Rechtsextremen auf die Spur zu kommen. Ein Untersuchungs- und Qualifizierungsprojekt des Hessischen Jugendrings für die Jugendgruppenarbeit zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wurde dazu von der Aktion Mensch gefördert.

- Rechtsextreme Gruppen sprechen frustrierte Jugendliche an, die auf der Suche nach Antworten sind. Manche Jugendliche sind gegenüber einfachen Erklärungen nicht immun und sie suchen nicht selten nach sozialer Hilfe, Gemeinschaftserlebnissen oder sind an provozierenden Kleidungs-codes interessiert. Sie sind durch rechts-extremistische Angebote erlebter Kameradschaft, mit aggressiven Schulungen und bei heimeligen Sport- und Freizeitlagern nur allzu schnell faszinierbar. Auf Schulhöfen machen rechtsextreme CD's die Runde.





- Rechtsextreme provozieren mit ihren demonstrativen Auftritten. Neonazis demonstrieren Geschlossenheit in gleichförmigen Aufmärschen mit brutalen Zeichen und Codes, verbotener Musik sowie rechtsextremistischen Identifikationsoutfit und Modemarken wie Lonsdale und Pitbull.
- Rechtsextremismus forciert dabei immer wieder menschenverachtende Bilder, z.B. durch Hakenkreuzschmierereien, fremdenfeindliche Witze, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen und die Leugnung des Holocaust. Rechtsextremisten wollen Jugendliche mit ihrem Hass und ihrer Verachtung Anderer durch Gewalt, Rassismus und Antisemitismus vergiften.
- Extremismus gefährdet auch in Hessen das demokratische Miteinander mit zu vielen rechtsextrem eingestuften Straftaten. Während die Öffentlichkeit den Rechtsextremismus teilweise als harmlos und normal betrachtet, rechtsextremistische Gewalttäter menschenfeindliche Reden halten oder Volksverhetzung bei NPD-Demonstrationen unter Polizeischutz ungehindert stattfinden kann, sind ehrenamtliche JugendleiterInnen in den Jugendverbänden immer wieder entsetzt.



- Jugendverbände verstärken deshalb die Bekämpfung des Rechtsextremismus gemeinsam mit Politikern und fordern dauerhaftes Engagement für Demokratie. Neben dem Engagement in bundesfinanzierten Projekten gegen Rechtsextremismus in Hessen ist vom Land mit den Kommunen genügend Geld für die Jugendarbeit in die Hand zu nehmen, damit rechtsextreme Hilfsangebote für Jugendliche keinen Erfolg mehr haben. Jugendverbände engagieren sich in Kampagnen für eine aktive Demokratie.

- Jugendverbände arbeiten mit der Politik zusammen, um einer gefährlichen Normalisierung rechtsextremer Tendenzen wirksam entgegen zu treten. Obwohl Kinder und Jugendliche in der Demokratie alltäglich Respekt und Freiheit erleben können, ist die rechtsextremistische Gefährdung im Alltag angekommen. Die Zusicherung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ bleibt für Jugendverbände eine klare Verpflichtung und Herausforderung, wo es heißt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“.

Mehr zum Thema Rechtsextremismus findet sich unter:

→ [www.hessischer-jugendring.de/rechtsextremismus](http://www.hessischer-jugendring.de/rechtsextremismus)



## **Rechtsextreme Parteien – eine gefährliche Sackgasse**

Rechtsextreme Parteien wie die NPD zeichnen von der Welt ganz einfache Bilder: Gut und Böse stehen für ihre völkische und rassistische Vereinfachung. Ihr Schema heißt: „Deutschland zuerst“.

Die Idealisierung der eigenen Gruppe fällt mit der Abwertung anderer Menschen zusammen. Abgewertet werden sog. Ausländer und andere Gruppen unserer Gesellschaft, wie Homosexuelle, Obdachlose und/oder auch sozialradikal engagierte Jugendliche, deren Lebensstile nicht den Idealvorstellungen des „starken Deutschen“ entsprechen. Diese Weltsicht würde das Ende der Individualität und der Besonderheiten eines jeden Menschen bedeuten. Die rassistische Ideologie geht stattdessen von einer biologischen Wertigkeit verschiedener Gruppen aus.

Untersuchungen rechtsextremer Ideologien zeigen, dass feindselige Einstellungen zumeist gruppenübergreifend wirken: Heute sind es die MigrantInnen, Homosexuelle oder Obdachlose, morgen können weitere Gruppen in das Visier der Rechtsextremen geraten und abgewertet werden. Es ist schwer abzuschätzen, wer die nächsten Opfer sein werden. Die unterschiedlichsten Merkmale von Personen können zur Ausgrenzung herangezogen werden – vielleicht sind es morgen die Leute mit roten Haaren oder Übergewichtige. Und eines ist gewiss: Wen rechtsextreme Gruppierungen zum Feind erklären, der ist nur all zu schnell sich spontan entwickelnden Aggressionen schutzlos ausgeliefert, wie z.B. auf Volksfesten.

## Literatur und News für Neugierige

- *Butterwege, Christoph und Meier, Lüder.* Rechtsextremismus. Freiburg 2002.
- *Hafeneger, Benno und Becker, Rainer.* Rechte Jugendcliquen. Schwalbach/Ts. 2007
- *Heitmeyer, Wilhelm.* Deutsche Zustände Folge 1,2,4. Frankfurt/Main: 2002, 2003, 2006
- *Staud, Toralf.* Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln 2005
- *Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.* [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)
- *Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz.* [www.mdsml.pl](http://www.mdsml.pl)
- *Hessischer Jugendring.* Arbeitshilfe „Gedenk(stätten)arbeit“. Wiesbaden 2003
- *Hessische Jugend, Fachzeitschrift des Hessischen Jugendrings:*
  - Politik und Pädagogik gegen Rechts. Wiesbaden 2001
  - Auseinandersetzung vor Ort. Rechtsextremismus in Hessen. Wiesbaden 2006
  - Jugend in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Wiesbaden 2008
- *Hessischer Jugendring (Hrsg.)* Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus, Wiesbaden 2009, Preisträger beim Bündnis Demokratie und Toleranz 2009
- *Hessischer Jugendring (Hrsg.)* Juleica-Plus Rechtsextremismus: Hinschauen statt wegschauen! Arbeitshilfe für die Jugendverbandsarbeit, Wiesbaden 2009



## Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus

Die Mitgliedsverbände des Hessischen Jugendrings haben auf der Vollversammlung 2008 eine Selbstverpflichtung in einem Beschluss zur nachhaltigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus formuliert. Danach soll die Sensibilisierung, die Information und Qualifizierung aller Jugendverbände gegen Rechtsextremismus fortgesetzt werden. Der Hessische Jugendring bietet dazu Fortbildungsangebote und anlassbezogene Materialien. Die „HJR-Servicestelle gegen Rechtsextremismus“ vermittelt weiterhin Angebote für Jugendgruppen zur politischen Bildung, Module zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für Jugendgruppenleiter-innen; organisiert durch die Landesjugendverbände und in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Demokratie und Courage.

Der Hessische Jugendring ist im beratungsNetzwerkHessen zur Mobilen Intervention gegen Rechtsextremismus aktiv und bietet Beratung und Hilfe bei Gefahren für Ratsuchende an.



beratungsNetzwerk  
hessen



Mobile Intervention  
gegen Rechtsextremismus

Tel. 0611 – 83 44 83. Mail: [kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de](mailto:kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de)



**Herausgeber:** Hessischer Jugendring e.V., Wiesbaden 2009, 3. Auflage  
Schiersteiner Str. 31-33 · 65187 Wiesbaden · Telefon 0611-990 83 0  
[www.hessischer-jugendring.de](http://www.hessischer-jugendring.de) · [info@hessischer-jugendring.de](mailto:info@hessischer-jugendring.de)

**Redaktion:** Dr. Manfred Wittmeier

Aktualisiert auf der Textgrundlage „Die Wahl rechter Parteien – Eine gefährliche Sackgasse“ von Sandra Hüpping, Barbara Kaletta, Frank Asbrock, unveröffentlichtes Manuskript 2006, Universität Bielefeld, Interdisziplinäres Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) [www.uni-bielefeld.de/ikg](http://www.uni-bielefeld.de/ikg)

**Gestaltung:** [www.grafikbuero.com](http://www.grafikbuero.com)

Wir danken für die freundliche Unterstützung durch Prof. Wilhelm Heitmeyer und die AMPELMANN GmbH, [www.ampelmann.de](http://www.ampelmann.de)